

# nachrichten

## Rätselraten über Flüchtlingszahlen

Wieviele Osttimoresen während der letzten Monate geflohen sind und wohin, bleibt weiterhin unklar. »Offen gesagt, die Bevölkerungszahlen sind ein einziges Durcheinander«, so ein UN-Mitarbeiter. »Ein Großteil der Zahlen basiert auf anekdotenhaften Informationen aus verschiedenen Quellen.« Ohne genaue Bevölkerungszahlen läßt sich schwer bestimmen, wieviele Menschen vermißt werden, da die Vergleichswerte fehlen. Die Angaben über die Bevölkerungszahl Osttimors schwanken zwischen 850.000 und 890.000. Von diesen sollen nach Angaben der indonesischen Behörden 260.000 nach Westtimor geflohen sein. Weitere 150.000 Osttimoresen sollen sich in anderen Teilen Indonesien aufhalten, vermuten UN-Mitarbeiter. Demnach müßte von 410.000 Flüchtlingen ausgegangen werden, 450.000 bis 500.000 Menschen müßten sich noch in Osttimor befinden. Weite Teile Osttimors machen jedoch auch nach dem Abzug der pro-indonesischen Milizen einen menschenleeren Eindruck. Vermutungen, daß sich noch eine große Zahl von Menschen in den Bergen versteckt hält, konnten bis jetzt nicht bestätigt werden. Auch fehlen Beweise für einen Genozid von ruandischen Ausmassen. Eine neue Volkszählung sowie genauere Untersuchungen könnten Aufschluß über den Verbleib der Vermißten geben

vgl. TAPOL online 1.11.1999

## Internationales Tribunal für Osttimor?

Die Vereinten Nationen haben mit der Untersuchung der Menschenrechtsverbrechen auf Osttimor begonnen. Um einen ersten Überblick über die Lage zu erhalten, entsandten die UN drei Beobachter nach Osttimor. Ihrer ersten Einschätzung nach ist die Menschenrechtssituation auf der Insel katastrophal. Es gilt als wahrscheinlich, daß sie die Einrichtung eines internationalen Tribunals vorschlagen. »Was wir hier sehen ist erschreckend«, sagte Asma Jahangir, die für die Untersuchung von Massenerschießungen zuständige Ermittlerin. »Man muß es selbst gesehen haben, um den Horror zu begreifen, der sich hier abgespielt hat«, fügt Nigel Rodley, der Sonderermittler für Folterungen, hinzu.

Die Ermittler sammeln innerhalb einer Woche erste Be-

weise und Zeugenaussagen. »Wir haben Aussagen von Augenzeugen über Erschießungen und wir haben die Gräber gesehen«, sagte Asma Jahangir. Täglich kommen neue Beweise hinzu, da mehr und mehr Flüchtlinge nach Osttimor zurückkehren, die von weiteren Greueln berichten. Die Beweisaufnahme gestaltet sich jedoch schwierig. Vor Ort sind noch keine Spurensicherungsexperten eingetroffen, viele Beweise drohen vernichtet zu werden. Die Flüchtlinge in Westtimor konnten bis jetzt nicht befragt werden, da die indonesische Regierung den UN-Mitarbeitern die Einreise verweigert.

Die Untersuchungen haben auch die Aufgabe zu klären, welche Rolle das Militär während der Gewaltausbrüche nach dem Referendum spiel-

te. »Wir hören alle möglichen Behauptungen: Daß das Militär in einigen Gebieten mit den Milizen identisch war, daß Militär und Milizen zusammengearbeitet haben, daß die Milizen vom Militär ausgerüstet wurden«, sagte einer der UN-Mitarbeiter.

Der Bericht der drei Beobachter wird der UN-Kommission für »Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen« vorgelegt. Auf deren Empfehlung kann die UN-Generalversammlung einen internationalen Gerichtshof für Kriegsverbrechen ins Leben rufen.

Ende November will sich der Vorsitzende der UN-Kommission, Radhika Coomaraswamy, Osttimor selbst besuchen und sich ein Bild über die Lage machen.

vgl. AFP 9.11.1999

## Flüchtlinge sollen umgesiedelt werden

Während die Zurückführung der Flüchtlinge nach Osttimor durch den UNHCR nur schleppend verläuft, scheint die Regierung in Jakarta alles daran zu setzen, die Flüchtlinge im Rahmen des Transmigrationsprogramms in andere Teile Indonesiens umzusiedeln. In den letzten Wochen verteilten indonesische Regierungsbeamte Karten zur Registrierung der Transmigrationswilligen. Den Flüchtlingen werden ein Haus, ein Hektar Land, Reis und finanzielle Unterstützung versprochen, sofern sie sich

entschließen, in Westtimor zu verbleiben oder andernorts in Indonesien zu siedeln. Viele, eingeschüchert durch das Militär, stimmen der Umsiedlung zu.

Das Transmigrationsministerium hat versprochen, die verbleibenden Flüchtlinge innerhalb von zwei Monate umzusiedeln. Mehr als 2.000 Osttimoresen wurden bereits nach West Papua gebracht. Erstaunlich ist, mit welcher Geschwindigkeit und Enthusiasmus die Umsiedlungsaktion von den indonesischen Behörden vor-

angetrieben wird. So errichtete das Ministerium für Öffentliche Arbeiten in einigen Lagern in kürzester Zeit Holzhütten — während in anderen Krisenregionen des Inselreiches, z.B. in West Kalimantan, dergleichen erst nach Monaten geschah. Hilfsorganisationen berichten, es sei schwierig zu beurteilen, wer wirklich freiwillig gehen wolle. Offenbar sind die Flüchtlinge durch die Milizen, die die Lager kontrollieren, eingeschüchert und stimmen daher ihrer Umsiedlung zu.

vgl. FEER 28.10.1999, S. 20-21

## Milizen kontrollieren Flüchtlingslager

Pro-indonesische Milizen kontrollieren, internationalen Hilfsorganisationen zufolge, die Flüchtlingslager in Westtimor. Besonders in Lagern um die Stadt Atambua nahe der Grenze nach Osttimor herrschen katastrophale Zustände. Die Flüchtlinge leiden unter Hunger und Krankheiten, viele sind schwer traumatisiert. Sie wurden brutal vertrieben, viele mußten die Ermordung von Familienangehörigen und

Nachbarn mitansehen, unzählige Frauen wurden vergewaltigt. Nach der Flucht vor den UN-Truppen terrorisieren die Milizen nun die Flüchtlingslager. Immer wieder kommt es zu Schießereien, begehen die Milizen gezielt Morde und Vergewaltigungen. Die indonesischen Sicherheitskräfte schreiten nicht ein. »In den Lagern geht die Angst um, viele Menschen wandern weg von der Grenze in die bisher siche-

rer scheinenden Lager bei Kupang in Westtimor«, sagte terre des hommes Sprecherin Barbara Küppers. »Unsere Mitarbeiter vor Ort berichten, daß sehr viele Flüchtlinge gerne nach Hause zurück möchten, sich aber aus Angst vor Repressionen durch die Milizen und das Militär nicht einmal trauen, dies offen zu sagen.«

vgl. terre des hommes online 23.9.13.10.1999; FEER 28.10.1999, S.

20-21